

Hartz-IV-Eltern sollen Briefe bekommen

Ministerin von der Leyen berät heute mit Kommunen über Startprobleme beim Bildungspaket

VON GABI STIEF

Berlin. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kämpft um das Herzstück ihrer Hartz-Reform, das Bildungspaket für 2,5 Millionen bedürftige Kinder. Bislang haben nur sehr wenige Eltern entsprechende Anträge gestellt. Einen Tag vor dem heutigen Treffen mit Kommunen und Ländern in Berlin schlug die Ministerin den Behörden vor, jede Hartz-IV-Familie einzeln anzuschreiben, um sie auf die neuen kostenlosen Angebote wie Essenzuschuss und Vereinsbeitrag hinzuweisen. In Hannover sind, wie berichtet, solche Rundschreiben bereits verschickt worden.

Mit einer Verlängerung der Antragsfrist will von der Leyen sicherstellen, dass alle berechtigten Kinder noch in den Genuss rückwirkender Leistungen kommen. Bislang sollte die Frist in einer Woche enden. SPD-Politiker und Sozialverbände erneuerten am Mittwoch ihre generelle Kritik an dem Gesetz und forderten Nachbesserungen. Die Kommunen warnten dagegen vor einer allzu aufgeregten Debatte über die Startprobleme des Bildungspakets.

„Nicht alle sind darin geübt, die richtigen Angebote zu finden“, sagte die Ar-

beitsministerin der „Passauer Neuen Presse“. Die Verwaltung müsse „aktiv“ auf die Eltern zugehen. Aber auch die Eltern müssten ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen: „Sie sind ja in der Lage, ihren Hartz-IV-Regelsatz und die Mietkosten zu beantragen, warum sollen sie keinen Antrag für das Bildungspaket der Kinder stellen können?“

Widerspruch kam vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Kinder und Jugendliche müssten an den Schulen, in den Kitas, in den Jugendzentren und auf der Straße angesprochen werden, sagte Verbandspräsident Ulrich Schneider im ZDF. Es reiche nicht, „dass man einen Antrag an die Wand nagelt und sagt, füllt den mal aus“.

Nordrhein-Westfalens Sozialminister

Guntram Schneider (SPD) nannte das Bildungspaket „unausgegoren, überbürokratisiert und unpraktikabel“. Schneider plädierte dafür, das Geld direkt den Ganztagschulen, Kindergärten und außerschulischen Jugendeinrichtungen zukommen zu lassen.

Nach Darstellung von der Leyens kommt dies aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Frage: Es gehe um eine Leistung, auf die das einzelne Kind einen Anspruch habe; man könne das Geld nicht an Institutionen überweisen.

Der Landkreistag erklärte, es sei normal, dass eine neue Leistung erst nach und nach in Anspruch genommen werde. Verbandspräsident Hans Jörg Duppré sagte, die Nachfrage steige fast täglich; in einigen Kreisen hätten bereits knapp 20 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder einen Antrag gestellt. Auch der Deutsche Verein, sozialpolitischer Interessenverband der Kommunen, Länder und Verbände, wies Spekulationen über ein Scheitern der Reform zurück. Vereinsvorstand Michael Löher sagte, eine Abwicklung rückwirkender Leistungen sei mit viel Bürokratie verbunden. So gebe es beispielsweise in einer Stadt 32 Schulen, die Mittagessen anböten, aber auf 16 verschiedene Arten abrechneten.

„Misstrauen ist fehl am Platz“

Braunschweig (gst). Sie haben gesundheitliche Probleme; häufig reicht das Geld nicht bis zum Monatsende, und dennoch sparen die wenigsten Eltern bei den Kindern. Dies geht aus einer aktuellen Studie der Braunschweiger Diakonie hervor, für die über einen Zeitraum von zwei Jahren mehr als 300 Familien mit geringem sowie eine Kontrollgruppe mit höherem Einkommen interviewt wurden. Die Studie habe gezeigt, dass viele Familien mit geringem Einkommen extrem verantwortungsbewusst mit Geld umgingen, sagte Diakoniedirektor Lothar Stempin. Ihnen könne guten Gewissens direkt das Geld aus dem Bildungspaket überlassen werden. Stempin

äußerte Verständnis für die Anlaufprobleme der Reform. „Wenn richtige Ansätze im Gewand des Misstrauens daherkommen, ist die Zurückhaltung der Betroffenen nachvollziehbar und die Skepsis der Kommunen verständlich“, betonte der Diakoniedirektor.

Die Studie kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass zehn Prozent der Kinder aus Familien mit geringem Einkommen Schulen besuchen, die eigentlich unter dem Niveau der Empfehlung der Grundschule liegen. Außerdem gaben fast 60 Prozent der Befragten an, dass das nötige Geld fehle, um die Kinder und Jugendlichen in einem Verein anzumelden.

INLA

Komr

Berlin:
desregi
konkre
festgel
minist
Töpfer
tägige
tengru
Merke
oder
von de
fe nich
dern
zeichn
benbe

Neu

Augs
burg
teidi
Pfah
tersu
Banl
des
teilt
Poli
amt
200
tun
Ste
ver

Lir

Ber
rel
ein